



Niederschrift

7. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Februar 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

Punkt 24 der Tagesordnung: Kommunale Kofinanzierung der Berufseinstiegsqualifizierung an Karlsruher Schulen

Antrag: GRÜNE

Vorlage: 2019/1315

Beschluss:

Einverstanden mit der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 24 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Da gibt es ergänzend zu unserer Darstellung aus aktuellen Entwicklungen der letzten Tage noch Neuigkeiten.

Bürgermeister Lenz: Ich glaube, ich habe eine gute Nachricht. Sie haben nämlich ursprünglich beantragt, dass wir mit der ganzen Geschichte in den Schulbeirat am 4. März gehen sollen. Die intensive Prüfung hatten wir eigentlich nicht vorgesehen bis dahin hinzubekommen, aber wir haben noch einen Katalysator, wie man so will, in Form vom Städtetag bekommen. Der hat uns nämlich jetzt für die Beantragung der Mittel außer der Kofinanzierung, die Sie beantragen, plötzlich letzte Woche Fristen gesetzt, die atemberaubend sind, sodass ich das gesamte Haus in Abstimmung mit Herrn Oberbürgermeister um folgende Veränderung bitte:

Wir würden die Vorberatung tatsächlich im Schulbeirat am 4. März 2020 vornehmen, allerdings sind die Unterlagen schon verschickt und wir reichen eben nach - also nicht wie üblich 14 Tage vorher. Die Beschlussfassung des Ganzen wird dann schon im nächsten Gemeinderat am 24. März, anstatt wie von uns ursprünglich vorgeschlagen am 24. Juni sein. Sie sehen, inhaltlich sind es die Prüfung und die Absprache mit den Schulen, ich schaue Herrn

Frisch an, der das Ganze „ausbaden“ muss. Insofern gehe ich auf die Inhalte nicht ein, sondern überlasse das Ihrem Beitrag. Sie haben ja gesehen, wir entsprechen Ihrem Antrag.

Jetzt kommt natürlich der Schluss, der für das Finanzdezernat wichtig ist: Damit kommen wir auch schon in das laufende Jahr, also 2020 und das, vielen Dank Herr Frisch und Team, machen wir durch Umschichtungen im Schul- und Sportamt möglich.

Stadträtin Großmann (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Lenz, für die neuen Informationen. Seit vielen Jahren unterrichte ich Jugendliche und junge Erwachsene an den beruflichen Schulen in Bretten. Diese Jugendlichen benötigen sehr viel individuelle Unterstützung für den schulischen Alltag und ihre berufliche Zukunft. Sie kommen vor allem aus der Werkrealschule und werden dann in spezielle Klassen vermittelt, die ihrem Förderbedarf gerecht werden und da machen sie dann den Hauptschulabschluss.

Die Hälfte von ihnen hat seit der achten Klasse eine Berufseinstiegsbegleiterin. Aus unterschiedlichen Gründen sind die zum Teil hoch motivierten jungen Menschen auf diese Begleitung angewiesen, unter anderem weil sie von zu Hause keine Unterstützung erhalten, zum Teil weil ihre Sprachkenntnisse nicht ausreichen und zum Teil, weil sie in ihrer persönlichen Entwicklung noch nicht selbstständig ihre Berufswahl vorantreiben können. Natürlich gibt es noch eine Menge anderer Gründe.

Die Schule, die Schulsozialarbeit und die AV-Dualbegleiter können das in dieser intensiven individuellen Form nicht leisten, denn sie sind für alle an der Schule befindlichen Schüler zuständig und können nicht diese Kontinuität bieten, die von den Berufseinstiegsbegleitern kommt. Diese unterstützen bei der Ausbildungsplatzsuche und sind in engem Kontakt mit den Betrieben und Eltern. Am Ende steht bei vielen von ihnen eine Ausbildungsstelle.

Die Berufseinstiegsqualifizierung ist ein Projekt der Arbeitsagentur und wurde mit einer Kofinanzierung von 50 % des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales eingeführt. Leider hat das Bundesministerium kurzfristig beschlossen, diese Kofinanzierung zum Schuljahr 2019/20 zu beenden. Das ist in unseren Augen eine krasse Fehlentscheidung. Mittlerweile haben die Agentur für Arbeit, das Kultusministerium, die Schulen und viele andere Institutionen Alarm geschlagen. Das Projekt soll auf alle Fälle weitergehen. Wir begrüßen es, dass das Land sich jetzt beteiligt. Die beiden Regierungsfractionen haben in einer schnellen Entscheidung für den Doppelhaushalt 2020/2021 die erforderlichen Mittel für eine 25 prozentige Kofinanzierung beschlossen. Die Förderdauer wurde verkürzt, damit der letzte Jahrgang, der nicht zum Zuge kam, doch noch eine Berufseinstiegsbegleitung erhält. Das Grundprinzip, dass die Förderung im letzten Schuljahr und im ersten Halbjahr der Berufsausbildung fortgeführt wird, wird beibehalten.

In unserem Antrag wollen wir GRÜNE erreichen, dass die Stadt Karlsruhe die verbleibenden 25 % übernimmt. Wir begrüßen den Vorschlag der Stadtverwaltung, dass die Notwendigkeit des weiteren Einsatzes der Berufseinstiegsbegleiter durch verschiedene Beteiligte geprüft werden soll.

(Der Vorsitzende: Frau Stadträtin!)

Bin ich schon so weit mit der Zeit? Oh Gott, sorry. Also, ich schlage vor, dass Sie unserem Antrag zustimmen, sodass am 25.03. das Schulamt die nötige Förderungsliste bekommt.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Da wir jetzt ja in Kürze im Schulbeirat darüber sprechen, dann auch noch einmal in den Gemeinderat kommen, möchte ich von meiner Fraktion nur signalisieren, dass wir grundsätzlich dieses Anliegen unterstützen, weil wir die Berufseinstiegsbegleitung auch als sehr wichtiges Förderinstrument ansehen, gerade für eben die schwächeren Jugendlichen. Deswegen gehen wir den Weg mit. Wir freuen uns natürlich, dass wir im Zeitplan jetzt auch noch schneller sind, weil wir dadurch eine schnellere Planungssicherheit bekommen.

Stadträtin Uysal (SPD): Die Verbesserung der Bildungschancen für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler und ihre gute Vorbereitung auf den Einstieg in eine erfolgreiche Berufsausbildung ist uns genauso wichtig. Ich möchte hier keine Grundsatzdebatte führen, es wird ja noch einmal diskutiert werden. Grundsätzlich unterstützen wir dieses Anliegen. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse, und dann können wir weiterhin debattieren und letztendlich entscheiden, ob wir die Fortführung der Berufseinstiegsqualifizierung machen wollen. Wenn das so sein sollte, ist natürlich die SPD bereit, diese Finanzierungslücke von 25 % zu schließen.

Stadtrat Jooß (FDP): Auch an Renate Rastätter, wir begrüßen grundsätzlich diesen Antrag und halten ihn für besonders gut. Wie so oft, steigen Bund und Land wieder aus oder steigen teilweise aus, und die Stadt darf wieder einspringen. Das finde ich grundsätzlich immer problematisch. Aber es ist eine große Chance auch bestimmt für unsere Handwerker, sage ich mal, da noch Leute zu rekrutieren, die einsteigen. Bei uns gibt es fast immer noch einen Platz, und da ist es ein Trost, dass wir Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag der GRÜNEN ganz persönlich.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR): Die Schnittstellen des Lebens sind meistens voller Abenteuer. Deswegen ist es wichtig, dass jemand hinzu tritt und begleitet, über diese Schnittstelle hinweg. Das ist eine Investition, die sich wirklich lohnt, die wirklich Frucht bringt. Deswegen kann man nur dafür sein. Ich bitte einfach nur zu prüfen - die IHK bietet ähnliche Dinge an, ein bisschen anders strukturiert -, dass man nicht doppelt fördert, sondern wirklich schaut, was gibt es schon in der Landschaft und nicht meint, dass sei das Erste was es hier gibt. Bitte diese Prüfung, ansonsten ein wunderbare Sache.

Der Vorsitzende: Damit beschäftigen Sie sich jetzt am 04.03. und wir dann anschließend in anderer Runde auch wieder. Ich stelle eine große Übereinstimmung an der Stelle fest.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
26. Februar 2020